

22. Landesparteitag

11. November 2005 in Halle (Saale)



Beschluss

Rechtsextremismus

Die Landesregierung muss endlich handeln. Sie hat die Möglichkeiten dazu

Vor zwei Tagen – am 9. November 2006 – wurde in der Bundesrepublik Deutschland der Ereignisse der Reichspogromnacht gedacht. In vielen Orten – auch in Sachsen-Anhalt – erinnerten sich Menschen ihrer Mitbürger jüdischen Glaubens, die von den Nationalsozialisten verfolgt, vertrieben, entwürdigt und ermordet wurden. Dass heute jüdisches Leben in Deutschland wieder möglich ist, dass Synagogen – wie vorgestern in München – neu gebaut und eröffnet werden können, ist ein Zeichen der Hoffnung.

Gleichzeitig stellen wir jedoch fest, dass Rechtsextremismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit in unserer Gesellschaft immer weiter um sich greifen. Wir bedauern, dass jüdische Einrichtungen in Deutschland immer noch massiven polizeilichen Schutzes bedürfen.

Die verfassungsfeindliche und rechtsextreme NPD sitzt mittlerweile in den Landtagen von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern. Außerdem haben Mitglieder der NPD bundesweit inzwischen über 100 kommunale Mandate inne. Auch rechtsextreme Einstellungen verfestigen sich. Nach einer aktuellen Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung haben 9,1 Prozent der Westdeutschen und 6,6 Prozent der Ostdeutschen ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild. 25,7 Prozent der Westdeutschen und 30,6 Prozent der Ostdeutschen glauben, dass AusländerInnen nur nach Deutschland kommen, um den Sozialstaat auszunutzen.

Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit sind ein gesamtdeutsches Problem, das jedoch in lokal unterschiedlicher Ausprägung auftritt. Der sachsen-anhaltische Verfassungsschutzbericht, die aktuellen Zahlen des Innenministeriums und die Veröffentlichungen der Mobilen Opferberatung in Sachsen-Anhalt zeigen einen deutlichen Anstieg rechtsextremer Straf- und Gewalttaten.

Symptomatisch für die Entwicklung des rechtsextremen Bedrohungspotenzials in Sachsen-Anhalt stehen die Ereignisse von Pömmelte, Pretzien, Parey und Gerwisch. Die genannten Taten haben wegen ihrer Schwere hohe öffentliche Aufmerksamkeit erfahren, gleichwohl stellen sie nur die Spitze des Eisbergs dar.

Rechtsextremismus ist heute ein vielgestaltiges Phänomen, von der rechtsextremen Szene zu sprechen, greift zu kurz. Es gibt inzwischen eine rechtsextreme (Er-)Lebenswelt, die Menschen ein Leben lang begleitet. Rechtsextreme Musik wird über eine Vielzahl von Versanden bundesweit vertrieben, Skinhead-Konzerte ziehen ein breites Publikum an, mit rechtsextremer Kleidung und Lifestyle-Produkten lässt sich Geld verdienen. Die NPD bietet sich als verfassungsfeindliche Partei zur Wahl an und bildet in manchen Regionen Deutschlands die zentrale Schaltstelle für rechtsextreme Aktivitäten, ebenso wie sie mancherorts den Mangel an demokratischer Jugendarbeit für eigene Aktivitäten nutzt. Von der Demokratie Enttäuschte organisieren sich inzwischen in einer Vielzahl rechtsextremer Gruppierungen. Rechtsextremisten selbst wachsen inzwischen oft nicht mehr aus der Bewegung heraus, sondern bleiben ihr über lange Zeit zugetan. Das führt – auch weil Frauen inzwischen weit stärker in die Szene integriert sind – dazu, dass rechtsextreme Familien entstehen, deren Kinder zu einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild erzogen werden.

Die sachsen-anhaltische Landesregierung hat in der Vergangenheit im Kampf gegen den

Rechtsextremismus versagt. Das unter großer öffentlicher Aufmerksamkeit im Mai 2005 gegründete Netzwerk für Demokratie und Toleranz ist bis heute nicht arbeitsfähig. Ein im Oktober 2006 vorgestelltes Landesprogramm gegen Rechtsextremismus stellt nicht mehr als eine Zusammenfassung der bislang in den verschiedenen Landesministerien betriebenen Einzelmaßnahmen dar. Sehenden Auges und obwohl ihr Möglichkeiten zur Bekämpfung des Rechtsextremismus zur Verfügung stehen würden, ergeht sie sich in Aktionismus. Gäbe es einen Straftatbestand der unterlassenen Hilfeleistung für die Demokratie, die sachsen-anhaltische Landesregierung würde ihn erfüllen.

Auf das neue Bundesprogramm gegen Rechtsextremismus sind die sachsen-anhaltischen Kommunen nicht ausreichend vorbereitet. Bislang haben erst wenige von ihnen erklärt, dass sie sich an der Aufstellung „integrierter lokaler Aktionspläne“, der notwendigen Voraussetzung für eine Förderung aus dem Bundesprogramm, beteiligen werden. Durch das Nichthandeln von Kommunen und Landesregierung droht die Gefahr, dass wichtige Projekte zur Demokratieentwicklung nicht ausreichend unterstützt werden.

Angesichts der besorgniserregenden Situation:

- fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die CDU-SPD-Landesregierung auf, den Kampf gegen Rechtsextremismus endlich zu beginnen. Statt symbolischen Aktionismus' braucht es ein durchdachtes und ausfinanziertes Landesprogramm für regionale Demokratieentwicklung. Ein solches Programm kann eine Weiterentwicklung des bestehenden Netzwerkes für Demokratie und Toleranz sein.
- fordern wir die Landesregierung auf, die Umsetzung des neuen Bundesprogramms für Vielfalt und Demokratie in Sachsen-Anhalt erfolgreich zu gestalten. Dazu muss eine ausreichende Co-Finanzierung zur Verfügung gestellt werden. Die Landesregierung muss einen verantwortlichen Ansprechpartner für die Kommunen benennen.
- fordern wir die Kommunen – insbesondere in den Regionen des Landes, in denen sich Rechtsextremismus derzeit besonders stark zeigt – auf, in Zusammenarbeit mit Vereinen, Kirchen, Polizei und anderen Akteuren lokale Aktionspläne zu erstellen, damit eine Förderung von Aktionen und Projekten gegen Rechtsextremismus aus dem Bundesprogramm auch tatsächlich möglich wird.

Mit Blick auf die zurückliegenden Fälle polizeilichen Versagens im Umgang mit rechtsextremen Straftaten, fordern wir:

- Sensibilisierung und Fortbildung regionaler Polizeidienststellen zum Thema Rechtsextremismus und seinen Facetten sowie zum Umgang mit Opfern rechter Gewalt
- Eine Überprüfung der polizeitaktischen Reichweite des Skinheadkonzertverlases

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden alles in ihrer Macht stehende tun, um die demokratische Gesellschaftsordnung gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu verteidigen.